

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

45 (28.1.1932) Morgenausgabe

Oberbad. Kommunisten treiben Hochverrat.

Vor kurzem mußten bei einer größeren Anzahl leitender Funktionäre der K.P.D. im Amtsbezirk Lörrach und im Wiesental auf Grund dringenden Verdachts strafbarer politischer Betätigung polizeiliche Hausdurchsuchungen vorgenommen werden.

Das sichergestellte Material gewährt auch einen umfassenden Einblick in die organisatorische und propagandistische Tätigkeit der K.P.D. und ihrer Hilfsorganisationen. Die ununterbrochene Bemühungen der leitenden Funktionäre zur Herbeiführung des in naher Zukunft erhofften gewaltigen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung sind deutlich zu erkennen.

Zeitung zum zweiten Mal verboten.

Wieder zwei Wochen Sperre für das „Schwarzwälder Tagblatt“. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt u. a. mit: Der Minister des Innern hat das Weiterersehen des in Karlsruhe erscheinenden nationalsozialistischen „Schwarzwälder Tagblattes“ mit Wirkung vom 27. Januar 1932 auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Badische Regierung erläßt Redeverbot.

Mannheim, 27. Jan. In Nachwirkung des Zusammenstoßes im Mannheimer Bürgerausschuß in der letzten Woche hat die badische Regierung ein Redeverbot für das nationalsozialistische Fraktionsmitglied Lehmann ausgesprochen.

Um die Nachfolge Eckerts.

Mannheim, 27. Jan. Nachfolger des bisherigen evangelischen Pfarrers Eckert, der wegen seinem Abtritt zur K.P.D. aus seinem Amt entfernt worden ist, soll nach dem „Religiösen Sozialisten“ ein streng positiver Pfarrer werden, der den Gemeinschaftsfragen nahesteht.

476 Pfarreien in Baden.

Statistisches aus der evangel. Landeskirche. Am 1. Januar 1932 bestanden in der Evangel. Landeskirche Badens 476 Pfarreien (neben 22 Stellen für landeskirchliche Pfarren ohne Gemeindeglieder). Davon waren 437 Pfarreien besetzt, 14 vakant oder durch Pfarrer im Ruhestand verlassen und 25 verwaltet.

Städtische Werke Bruchsal / Befriedigende Jahresbilanz.

M. Bruchsal, 26. Januar. Aus dem Jahresbericht des Städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerkes ist folgendes zu entnehmen: Beim Städt. Gaswerk stiegen die Einnahmen mit 362.113,99 RM, die Ausgaben mit 361.608,08 RM zu Buch.

lammenfassend kann gesagt werden, daß im Betriebsjahr 1930/31 keine größeren Arbeiten ausgeführt werden konnten, weil keine Mittel vorhanden waren. Die Stromabgabe hat sich um 4,42 Prozent verringert. Die Einnahmen des Städt. Wasserwerkes betragen 112.046,55 RM, die Ausgaben 115.769,42 RM.

Der Milchpreis wird überwacht.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat seine Befugnisse zur Überwachung des Milchpreises den obersten Landesbehörden übertragen. Der Minister des Innern hat seinerseits das Bad. Statistische Landesamt mit der Durchführung dieser Maßnahme beauftragt.

Geld oder Leben!

Zwei junge Burchen wegen verbrecherischer Bedrohung verhaftet. SS-Teufelsknecht, 27. Januar. Hier wurden gestern Abend zwei junge Burchen im Alter von etwa 20 Jahren festgenommen, weil sie sich gegenüber dem Wakenfabrikanten Strauß eine erschwerende Drohung zu Schulden hatten kommen lassen.

Anfallchronik.

Untergrombach bei Bruchsal, 27. Jan. (Gefährlicher Sturz) Die Ehefrau des Landwirts Michael Ledermann stürzte so unglücklich von der Leiter, daß sie sich schwere innere Verletzungen zuzug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Bergehen gegen die Devisenverordnung.

Zwei Bankdirektoren verurteilt. S. Bruchsal, 27. Jan. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenwirtschafthaltung sind die beiden Direktoren der hiesigen Kreishypothekbank heute mittag festgenommen und sofort dem Schnellrichter vorgeführt worden.

Tödlicher Ausgang eines Streites.

Eppelheim, 27. Jan. Am Sonntag nacht wurde der Bahnarbeiter Josef Wiegand vor einer Wirtshausbar verlegt aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß Wiegand mit den beiden Brüdern Trauner in der Wirtshausbar gezecht hatte und mit ihnen in einen Wortwechsel geraten war.

Mit der Axt gegen den Nachbar.

Nedarhausen (b. Hirschhorn), 27. Jan. Gestern früh ereignete sich hier ein blutiges Drama. Die beiden Nachbarn, Landwirt Karl Brecht und der Sohn des Bäckers Egner, Hermann Egner, gerieten in Streit, in dessen Verlauf Egner zum Beil griff und auf Brecht einfiel.

Verloren, Möbl. Zimmer, Wert- oder Lagerraum, Werkstatt, Büroräume mit Garage, 2 Zimmer-Wohnung. Various real estate and lost items advertisements.

Herrenstraße 13, 5 Zim.-Wohnung, Laden, 2 herkömmliche 6 Zimmer-Wohnungen. Real estate advertisements for various properties.

1-2 leere Zimmer, 3 Zimmer-Wohnung, 2 Zimmer-Wohnung, 3 Z.-Wohnung, 3 kleine Zimmer, 2 leere Wohnräume. Real estate advertisements for rental and sale.

Cablau 37, Scheinische Pfd 38, Billige Wurst, Matjesfilet, La Welsch und Ro weine, Kassel. Advertisements for food products and services.

Der Karlsruher Bürgerausschuß arbeitet.

Unfruchtbare Kritik. — Herabsetzung der Dienstaufwandsentschädigungen für Stadträte. Senkung der städtischen Gebühren.

Trotz aller Anerkennung für den Eifer, den die Mitglieder der städtischen Kollegien in der Bürgerausschußsitzung am Mittwoch entwickelten, muß doch festgestellt werden, daß der Verlauf der Sitzung nicht reiflos befriedigte. Besonders diejenigen, die von der Beratung einzelner Punkte eine kleine oder größere Sensation erwarteten, dürften enttäuscht worden sein. Es war wirklich recht „alter Kohl“, der in einem zweistündigen Gedröbel und Gebotz aufgewärmt wurde. Das einzig positive Ergebnis der fruchtlosen Debatte war die einstimmige Verwahrung des gesamten Hauses gegen den Plan, die Abhör der städtischen Rechnungen den Gemeinden aus der Hand zu nehmen und die Rechnungsprüfung dem Rechnungshof zu übertragen.

Auch die Beratung der Senkung der städtischen Tarife dürfte in keiner Weise den allgemeinen Erwartungen entsprochen haben. Der Oberbürgermeister war nämlich so freundlich, gleich zu Beginn der Beratung dieser an sich äußerst wichtigen Angelegenheit, den Herren Stadtratsmitgliedern unumwunden und deutlich zu sagen, daß an eine Verringerung des Systems für den Bezug von Strom und Gas gar nicht gedacht werden könne, sondern daß es sich nur darum handle, die von dem Reichskommissar angeordneten Tarifsenkungen der städtischen Werke den Verbrauchern zuzulassen. Und als gar der Oberbürgermeister mit erhobener Stimme auf die Finanzlage der Stadt im allgemeinen und auf das Defizit von einer Million hinwies und eindringlich hervorhob, daß durch jede Verminderung der Einnahmen der werdenden Werke sich das Defizit im Stadthaushalt und die Gefahr einer Umlagerhöhung vermehre, da war auch denen der Wind aus den Segeln genommen, die vielleicht die Absicht gehabt hätten, der Stadtverwaltung nach Strich und Faden die Meinung zu sagen. Wohl verdient einzelne Redner, ihre Ansichten über die Ungleichheiten des Verteilungssystems von Strom und Gas an den Mann zu bringen. Das Ergebnis war schließlich die Annahme eines neuen Beschlusses des Stadtrats, die Zählermiete zu ermäßigen an Stelle einer Senkung der Strompreise. Die Vorlagen über die Senkung der Schlachthofgebühren wurde zurückgezogen. Die Senkung des Gaspreises und die Verringerung der Straßenbahntarife wurden nach den Vorschlägen des Stadtrats angenommen.

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der Sitzung um 4 Uhr sind 96 Mitglieder anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeister Sauer mit, daß man das Rednerpult wieder entfernt habe. Die Redner sollen jetzt wieder wie früher vom Platze aus sprechen.

Zum Auftruf gelangt zunächst

die Abhör der städtischen Rechnungen.

Da zu dieser Vorlage in Anträgen schwere Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister erhoben wurden, hat der Oberbürgermeister es abgelehnt, während der Beratungen in dieser Sache den Vorsitz zu führen und ihn an den 1. Bürgermeister Sauer zu übertragen.

Bürgermeister Sauer gibt die eingelaufenen Anträge bekannt. Er teilt mit, daß eine Reihe von Anträgen gar nicht mehr behandelt werden können, da die Beschlüsse des Bürgerausschußes schon abgelehrt worden seien.

Stadtr. Rothweiler berichtet namens der Prüfungskommission über die städtischen Rechnungen für die Jahre 1925, 1926 und 1927. Der Bürgerausschuß könne mit gutem Gewissen dem Bericht der Rechnungsprüfungskommission zustimmen, da die gesamten Rechnungen mit größter Gewissenhaftigkeit geprüft worden seien. In Zukunft soll einer überparteilichen Revisionsstelle die Prüfung der Rechnungen übertragen werden. Die geplante Prüfung durch den Rechnungshof wäre ein schwerer Eingriff in die Selbstverwaltung der Städte, gegen den man ganz energig protestieren müsse. Es würde ein Verwaltungswasserlopf geschaffen, der den Städten viel Geld kosten würde. Der gesamte Stadtratsvorstand erhebe gegen einen solchen ministeriellen Plan scharfsten Einspruch.

Eingehend beschäufte sich der Redner sodann mit den eingegangenen Beschwerden über die Errichtung eines Schuppens, über Verwendung von Mitteln des Milchamtes und über Sonderzuschüsse für einzelne Beamte. Er stellte fest, daß von Erklärungsprüfungen keine Rede sein könne, da der Bürgerausschuß kein Recht zu einer solchen Forderung habe. Die einzelnen Kosten seien vom Stadtrat genehmigt worden, bzw. lediglich als pflichtgemäße Auslagen rückvergütet worden. Man dürfe übrigens die Überzeugung haben, daß der Prüfungsausschuß, dem Mitglieder aller Parteien angehören, die Rechnungen eingehend geprüft habe. Wenn Fehler unterlaufen seien, so hätte dies bei der Prüfungskommission behandelt werden müssen.

Stadtr. Kiedinger (Komm.) ist der Meinung, daß dem Bürgerausschuß das Recht auf genauere Prüfung der Rechnungen erhalten bleiben müsse, umso mehr, als das Vertrauen der Bevölkerung zu einzelnen Stadtverwaltungen stark im Wanken gekommen sei. Es sei nicht zu bestreiten, daß bei der Prüfung der Rechnungen ein großes Stück Arbeit geleistet worden sei. Die Klage der Kommunisten richtete sich gegen kleinere und größere Verstöße. So werde bemängelt die Anschaffung von Personkraftwagen bei einzelnen Beamten. So habe man Wagen angeschafft, ohne daß Mittel im Voranschlag dafür eingestellt wurden. In der Beobachtungspolitik habe man ähnliche „faule“ Sachen gemacht. Man habe an einzelne Beamte Zuschüsse gewährt, ohne dem Bürgerausschuß Mitteilung davon zu

machen. Bei den unteren Beamten sei man nicht so großzügig. Ebenso unzulässig sei eine Ueberweisung von 4000 RM von Seiten des städtischen Milchamtes an den Samariterbund. Auch hier habe man den Bürgerausschuß nicht gefragt. Beim Milchamt seien überhaupt so manche Kosten undurchsichtig.

Als der Redner auch auf die Ueberschreitung des Voranschlags für die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters eingehen will, wird er vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß diese Angelegenheit schon lange erledigt sei und deshalb nicht im Bürgerausschuß noch einmal aufgeführt werden könne. Trotz dieses Einwandes fordert Stadtr. Kiedinger die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die Beamten, die an den „Schiebung“ beteiligt gewesen seien.

Stadtr. Kessler (Staatsp.): Der Vorredner habe nur alte Ladedenker gebracht; Herr Kiedinger habe aber vergessen, daß all diese Angelegenheiten schon erledigt seien. Ein Grund für eine Verringerung der Rechnungsprüfung liege nicht vor. Der Bürgerausschuß müsse sich energig gegen solche Pläne wehren. Man müsse auch beachten, daß durch den Umsturz der Durcheinander angerichtet worden sei. Jeder sollte es für seine Pflicht halten, für eine ruhige Entwicklung zu sorgen.

Stadtr. Rieg (Natf.): Als Mitglied der Prüfungskommission habe er eingesehen, wie wichtig diese Prüfung sei.

Stadtr. Häßinger (W.K.) beschäftigt sich eingehend mit den Geschäften der städtischen Milchzentrale und des Arbeiteramterbundes, dem ein Privileg zugesprochen worden sei, auf das er keinen Anspruch habe. Auf jeden Fall sei bei der Milchzentrale etwas faul.

Stadtr. Wild (Ztr.): Die ganze Debatte habe die Befähigung gebracht, daß die Rechnungsprüfung in Karlsruhe gut sei. Selbst die Beanstandungen des Herrn Kiedinger seien von der Prüfungskommission schon behandelt worden. Auch die Vorwürfe gegen die Beamten der Rechnungsprüfung seien unbegründet, da diese sich bemüht haben, den Wünschen der Rechnungsprüfer der städtischen Kollegien zu entsprechen. Eine Verringerung des Prüfungswesens sei höchst überflüssig. Die Stadtverwaltung Karlsruhe könne für sich in Anspruch nehmen, daß sie immer mit den Mitteln sparsam umgegangen sei. Dem Bürgerausschuß würde eines der wichtigsten Rechte genommen werden, wenn die Prüfung der städtischen Rechnungen einer staatlichen Stelle übertragen würde. Gegen diese neue Entziehung der Gemeinden sollte der gesamte Bürgerausschuß Protest erheben.

Stadtr. Köppler schließt sich diesem Protest gegen die Entziehung an. Auch er und seine Partei können sich nicht denken, daß dieses neue System billig und einfach sein könne. Auf das entscheidende müsse er sich gegen Ausführungen wenden, durch die der Eindruck in der Öffentlichkeit erweckt werde, als ob irgendein Korruptionsfall vorgekommen sei. Das sei aber nicht der Fall. Auch die Angriffe auf die städtische Milchzentrale seien unberechtigt. Wenn diese dem Arbeiteramterbund ein Darlehen gegeben habe, so sei das lediglich darauf zurückzuführen, daß der Samariterbund Kredite brauche für seine Agitation für den Milchverbrauch, der im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit und im Interesse unserer Landwirtschaft gehoben werden mußte. Außerdem habe weder die Stadt noch die Milchzentrale, noch der Milchhandel Schaden erlitten.

Stadtr. Feingamm (Komm.) sucht nachzuweisen, daß es notwendig war, Mißbräuche im Rechnungswesen vor aller Öffentlichkeit festzustellen.

Nach kurzen Bemerkungen von Stadtr. Kiedinger (Natf.) stellt Bürgermeister Sauer ausdrücklich fest, daß durch die Stadtverwaltung gegen die Beamten, die sich Verstöße erlaubt haben, vom Stadtrat ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Es sei auch nicht richtig, daß die Stadt nur für obere Beamte etwas übrig habe. Wenn Einzelne Zustimmungen erhalten haben, so sei das durch die besonderen Leistungen der Beamten berechtigt gewesen.

Bei der Abstimmung wurde die Abhör der städtischen Rechnungen der Jahre 1925, 1926 und 1927 gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Schließlich stimmte das ganze Haus einer Entschließung zu, in der gegen den Plan protestiert wird, die Abhör der städtischen Rechnungen den Revisoren des Bürgerausschußes zu entziehen und die Rechnungsprüfung einem staatlichen Amt zu übertragen.

Die Dienstentschädigung der Stadträte.

Nach der Vorlage soll die Dienstentschädigung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 an auf jährlich 720 RM festgelegt werden.

Bei Beratung dieser Vorlage übernimmt Oberbürgermeister Dr. Finter den Vorsitz, die Stadträte verlassen den Saal.

Stadtr. Martin (Natf.) stellt namens seiner Partei fest, daß das Amt eines Stadtrats eigentlich ein Ehrenamt sein solle. Trotzdem seien die Nationalsozialisten für die Vorlage (Heiterkeit).

Der Oberbürgermeister teilt mit, daß ein kommunistischer Antrag eingegangen sei, die Bezüge der Stadträte nach dem Einkommen der Einzelnen zu staffeln. Nach der Gemeindeordnung sei das aber nicht möglich.

Stadtr. Kappler (Komm.) begründet den Antrag auf Staffelung der Bezüge der Stadträte. Als der Redner von einem „Schlorum“ spricht, wird er vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht zulässig sei.

Stadtr. Wild (Zentr.) stimmt dem Antrag auf Herabsetzung der Stadtratsgebühren von monatlich 60 RM zu. Er wünscht aber, daß diese Herabsetzung nicht mit Wirkung vom 1. Dezember, sondern mit Wirkung vom 1. Januar erfolge. In und für sich betrachte er auch das Stadtratsamt als Ehrenamt. In der heutigen Zeit könnte aber mancher dieses Amt nicht annehmen, wenn er für den großen Zeitaufwand nicht eine kleine Entschädigung bekommen würde. Da man aber allen Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit geben müsse, sich

an den Arbeiten für die Allgemeinheit in der Stadtverwaltung zu beteiligen, müsse man eben den Stadträten Dienstentschädigungen geben.

Stadtr. Heller (Soz.) unterstützt die Ausführungen des Vorredners. Er hält es aber nicht für richtig, daß die Aufwandsentschädigungen gleichmäßig ausbezahlt werden.

Stadtr. Bertsch (Co. B.) glaubt auch, daß eine Aufwandsentschädigung von nur 60 RM niemand einen Anreiz geben könne, das Amt eines Stadtrats anzunehmen.

Nach kurzer Pause, in der sich der Stadtrat den Antrag zu eigen gemacht hat, die Dienstentschädigung mit Wirkung vom 1. Januar ab auf 60 RM pro Monat zu ermäßigen, wird die ganze Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Senkung der Gas- und Strompreise und der Schlacht- und Viehhofgebühren.

Änderung der Versorgungsbedingungen der Straßenbahn.

Der Oberbürgermeister gibt eine Reihe von Abänderungsanträgen bekannt, die von verschiedenen Parteien eingereicht worden sind. Sodann stellt er fest, daß es sich bei diesen Vorlagen in erster Reihe handle um die Verwirklichung der vom Reich angeordneten Tarifsenkungen. Er halte es aber für ausgeschlossen, heute eine Verringerung des Systems vorzunehmen. Eine solche Maßnahme erfordere eine ungeheure Vorarbeit. Es müsse auch daran festgehalten werden, daß an den Tarifen grundsätzlich nichts geändert werden dürfe, weil die Stadt ohne die Einnahmen der werdenden Werke ihre Geschäfte einfach nicht weiter führen könnte. Die Schwierigkeiten der Staatsausgleichung seien so groß, daß es einfach unmöglich sei, auf die Einnahmen aus den werdenden Werken zu verzichten. Außerdem sei es auch nicht im Sinne des Reichskommissars, grundsätzliche Änderungen in den Stücken der allgemeinen Finanzwirtschaft zu gestören. Heute handle es sich nur darum, die Preisentfaltungen bei den städtischen Werken den Verbrauchern zuzuführen. Aber schon diese Maßnahmen seien für die städtische Wirtschaft sehr gefährlich. Jeden Pfennig, den die Stadt an Vergünstigungen gewähre, müsse die Stadt auf andere Weise wieder hereinholen. Man müsse damit rechnen, daß die Stadt bis Ende des Geschäftsjahres ein Defizit von einer Million habe. Alles was die Stadt weniger an Einnahmen bekomme, vermehre das Defizit. Das dürfe man nicht übersehen. Er halte es auch für seine Pflicht, zu sagen, daß man die Wirkungen der Preisentfaltungen vielfach in der Allgemeinheit stark überhöhe. Auch erhebliche Preisentfaltungen bei Gas und Strom würden sich bei den Verbrauchern nicht wesentlich bemerkbar machen, dagegen würden diese den ganzen Haushalt der Stadt auf das schwerste gefährden. Der Lichtpreis der Ladenbesitzer sei unverändert, da für Schaufensterbeleuchtung der Preis für Strom schon auf 6 bzw. 5 Pf. herabgesetzt worden sei. Der Stadtrat suche aber den Weg für neue Vergünstigungen. Vielleicht sei es möglich, auf die Stromzähler zu verzichten für Ladenbeleuchtungen nach Geschäfts-schlus.

Namens des Stadtratsvorstandes empfiehlt Stadtr. Osmann Kullmann die Stadtratsvorlage zu Annahme.

Stadtr. Stäbel (Natf.) bezeichnet es als soziale Ungerechtfertigkeit, wenn man die Großabnehmer von Gas und Strom besser behandle als die kleinen Abnehmer. In längeren Ausführungen machte er Vorschläge für Abänderung des Staffeltarifs.

Oberbürgermeister Dr. Finter gab seiner Bewunderung Ausdruck, daß Herr Stadtrat Stäbel die Wirkungen des Staffeltarifs so verkannt habe.

Vaubirektor Eglinger gab ein genaues Bild über die Gas- und Stromtarife. Er betonte, daß in ganz Baden keine Stadt den Ladeninhabern einen so günstigen Lieferungsvertrag für Strom biete wie die Stadt Karlsruhe.

Stadtr. Schulenburg (Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der dahin geht, die Zählermiete abzuschaffen. Das mache für einen kleinen Haushalt mehr aus als die angeforderte Tarifsenkung. Von der Senkung der Gebühren im Schlacht- und Viehhof könne man sich auch nichts versprechen. Darum sollte man es dabei belassen. Die Mehreinnahmen sollten aber reiflos für Schaffung von Arbeit für die Erwerbslosen verwendet werden.

Der Oberbürgermeister stellt fest, daß die Aufhebung der Zählermiete einen Ausfall von 200 000 RM bringen würde, was sich heute nicht ohne weiteres verantworten lasse.

Stadtr. Kappler (Komm.) wünscht einen größeren Preisabbau bei der Straßenbahn.

Stadtr. Schmerber (Zentr.) glaubt nicht, daß man in der gegenwärtigen unübersichtlichen Lage eine gründliche Tarifreform vornehmen könne. Der Redner glaubt aber, daß man Verbesserungen anstreben müsse. Der Lichtpreis sei eine unglückliche Maßnahme gewesen. Der Erfolg sei, daß die Stadt wieder einen weiteren Einnahmeausfall erlitten habe u. die Gefahr der Umlagerhöhung näher gerückt sei. Zu wünschen wäre es auch, wenn die Stadt nach dem Beispiel anderer Städte auch eine Senkung der Tiefbaugebühren vornehmen würde.

Stadtr. Wernet (D. B.) ist der Meinung, daß man die Aktion der Preisentfaltung mit allen Kräften unterstützen müsse, denn hier handle es sich um eine wichtige wirtschaftliche Maßnahme. In bezug auf die Streckeneinteilung bei der Straßenbahn seien noch einige Schönheitsfehler zu regeln. Die Stromtarife seien für Mittel- und Kleinverbraucher zu hoch.

Stadtr. Fischer (Soz.) stellt fest, daß auch die Straßenbahn bis heute noch im Defizitbetrieb sei, trotz der großen Einbußen. Durch weitere Verkehrseinschränkungen erhöhe allerdings die Gefahr eines weiteren Rückgangs der Einnahmen.

Nach kürzerer Beratung des Stadtrats wurde beschlossen, die Vorlage über die Senkung der Schlachthofgebühren zurückzugeben. Die Gaspreissenkung wird nach der Stadtratsvorlage angenommen, ebenso die Verringerung des Straßenbahntarifs.

Statt der Senkung des Strompreises tritt eine Senkung der Zählermiete bis zu 50 Pfennig einschließlich um die Hälfte ein.

Schluß der Sitzung 10 1/2 Uhr.

Immobilien

Geschäftshaus
an einem Marktplatz gelegen, mit mod. Laden, sowie Werkstatt, ist umständehalber zu dem bill. Preise v. 25 500 Mk. bei 6000 Mk. Anzahlung und einer Jahresmiete von 4000 Mk. sofort zu verkaufen. Angebote u. Nr. 17789 an d. Bad. Presse.

Haus im Zentrum der Stadt, ca. 600 qm, Anzahlung zu kaufen gesucht. Angebote mit 172170 an die Bad. Presse.

Obstgarten in Durlach, ideale Lage nahe der elektr. Straßenbahn, ein-geplant, m. Hoban-, f. u. g. r. Obstb., altes Obst, altes Obst zu verkaufen. In circa. in Durlach, bei Walter, Kellerstraße 13.

Landgut zu kaufen gesucht. Beding.: Ferrond, 50 bis 100 Morgen, guter Boden, m. f. u. 101, Inventar, groß, Anzahl. Genaue, ältere Preisangabe u. Nr. 1562 an d. B. Pr. H. Haupt.

Kapitalien

10000 u. 6000 Mk.
an 1 Stelle sofort zu vergeben. Angebot unter 172184 an Bad. Presse.

7000 Mark
auf 1 Hypothek von Selbstgeber gesucht. Gute Sicherheit vorhanden. Anzahl. Zins-ladner. Offerten unter Nr. 1487 an die Badische Presse.

1000 Mark
von Selbstgeber auf 6 Wochen zu leihen. Wechselseitige Sicherheit geboten. Ggf. Anzahlung unter Nr. 18062 an die Bad. Presse.

500 RM.
aus gute Sicherh. von Selbstgeber. Angebot u. Nr. 1567 an die Bad. Presse H. Haupt.

Kaufgesuche

Gf. Kinderbett, mod. Kinderportliegewagen gesucht. Ang. u. 17799 an die Bad. Presse.

Altpfahl-Kessel
mittl. Größe, in nur gut. Zust., zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 172188 an Bad. Presse.

Guterhaltene Tür
einf. gepolstert, **Bade-Einrichtung** und **Leberstühle** zu kauf. gesucht. Off. u. 173155 an Bad. Presse H. Haupt.

Gebrauchter Kleinwagen
Altmouf., bis 420 PS, in gut. Zustande, gen. Pass für Kauf gesucht. Anzahl. mit Preis unt. 172179 an Bad. Presse.

Gut erhaltenes Motorrad
am liebsten B. M. W., bis 300 ccm., zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe u. 172176 an die Bad. Presse.

Pelz mit Mütze
(echt), f. Alt. Herrn zu kaufen gesucht. Preisangabe unter 172169 an die Bad. Presse.

Beim Lebensmittel-Einkauf merke: Im niederen Preis liegt unsere Stärke



Preise gelten nur für angegebene Mengen.

Schnellste Zustellung!

Rotti-Brühwürfel 10 Stk.	25/-	Salami	1 Pfd.	110/-	
Linsen	3 Pfd.	50/-	Dörrfleisch o. Ripp.	Pfd.	90/-
Weißbohnen	3 Pfd.	46/-	Westfäl. Mettwurst	Pfd.	95/-
Malzkaffee	2 Pfd.	45/-	Gesalz. Kleinfleisch	2 Pfd.	55/-
Frische Moikereibutter	Pfd.	125/-			
Kochbutter	Pfd.	110/-			
Emmentaler	1/2 Pfd.	50/-			
Kokosfett	3 Tafeln	85/-			
Margarine	2 Pfd.	65/-			

Grüne Heringe	3 Pfd.	45/-	Jg. Erbsen	2 Pfd.-Dose	68/-
Schellfische	Pfd.	32/-	Gem. Gemüse	2 Pfd.	68/-
Kablau	Pfd.	32/-	Kaiserkirschen	2 Pfd.-Dose	95/-
Fischfilet	Pfd.	40/-	Pflaumen	2 Pfd.-Dose	50/-
Oelsardinen	5 Dosen	90/-	Tomatenmark	4 Dosen	45/-
Hasenschlegel, Hasenrücken	Pfd.	95/-	Spargelabschnitte	2 Pfd.-Dose	110/-
Jg. Schnitt- und Brechbohnen	2 Pfd.-Dose	50/-	Aprikosen	2 Pfd.-Dose	95/-
Gemüse-Erbsen	4 Pfd.-Dose	80/-	Junge Hähnen	Pfd. von 1.10 an	
			Sunpenhühner	Pfd. v. 85/- an	

KNORF

